

POPULISMUS BRINGT UNS NICHT WEITER

Von Adolf Heeb, Präsident
der Vaterländischen Union

Die **politische Arbeit** der Mehrheitspartei kritisch zu bewerten, ist durchaus erlaubt, dennoch sollten Fakten und Tatsachen nicht verfälscht werden. Besonders in Themenbereichen, bei welchen die Entscheidungen noch in der Vorgängerregierung getroffen wurden, sollte nicht der Eindruck vermittelt werden, dass die heutige Regierung die derzeitige Situation zu verantworten hat.

Beispiel FMA: Immer wieder wird das Geschäftsmodell der FMA heftig kritisiert. Vergessen wird aber, dass die gesetzliche Ausgestaltung der FMA mit all ihren Vor- und Nachteilen bereits vor Jahren getroffen wurde und zwar ohne VU-Vertretung in der Regierung. Heute wird es gerade so dargestellt, als hätte die FMA ihre Tätigkeit erst in den letzten zwölf Monaten aufgenommen. Störend ist auch, dass vertragliche Vereinbarungen betreffend das Mietobjekt noch zu einem Zeitpunkt festgelegt wurden, als der grösste FMA-Kritiker innerhalb der FBP als Vorsitzender der Finanzkommission in die damalige Entscheidung eng eingebunden war. Dass es innerhalb der FMA zu einem Umdenken kommen muss, ist unbestritten. Die Weichen hierfür wurden mit der Wahl des neuen Aufsichtsrates im letzten Dezember 2009 gestellt.

Beispiel Gesundheitswesen: Die FBP-Fraktion fordert vehement die Beseitigung von Altlasten im Gesundheitswesen. Das ist interessant, denn anscheinend wurde vergessen, dass das heutige Krankenversicherungsgesetz trotz aller Widerstände von involvierten Experten im Jahre 2003 komplett auf den Kopf gestellt wurde. Die Tatsache, dass die gleiche Partei nur wenige Jahre später wiederum eine einschneidende Änderung fordert, zeigt zusammen mit der Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich, dass die damalige Entscheidung falsch war. Nun, die Situation ist nicht einfach, denn einerseits sollen die Kosten gesenkt werden, andererseits verursacht der medizinische Fortschritt höhere Kosten. Als Präsident der VU ist es mir vor allem wichtig, dass es bei jeglicher Änderung – mag sie aussehen wie sie will – der Zugang zur medizinischen Versorgung für alle Versicherten uneingeschränkt gewährleistet bleibt. Eine medizinische Zweiklassengesellschaft darf es nicht geben.

Beispiel Sozialleistungen: Ein weiteres, neues Betätigungsfeld für Populismus findet die FBP-Fraktion im Bereich der Sozialleistungen. Es ist nicht korrekt, immer wieder von der Kürzung sozialer Leistungen zu sprechen, ohne dass Fakten bekannt sind. Die Aussagen beruhen einzig auf Vermutungen und Angstmacherei bringt uns



VU-Parteipräsident Adolf Heeb: «Es bringt uns nicht weiter, wenn seitens der Minderheitspartei immer wieder Forderungen gestellt werden, aber dann schlussendlich bei entsprechenden Vorlagen dagegen gestimmt wird.»

Bild Elma Velagic

nicht weiter. Sicherlich verfügen wir über ein sehr gut ausgebautes Sozialsystem, wobei jedoch die Aufgabe des Gesetzgebers darin bestehen muss, dafür zu sorgen, dass die wirklich Bedürftigen unterstützt werden. Im Übrigen ist auch die Aussage falsch, dass eine Kürzung der AHV-Rente in Form der Streichung des «Weihnachtsgeldes» durch die Regierung ins Auge gefasst wird. Diesbezüglich hat die Regierung keinen direkten Einfluss, denn ein solcher Ent-

scheid obliegt einzig dem Verwaltungsrat der AHV.

Beispiel Steuergesetz: Die finanzielle Situation unseres Staates hat sich geändert, nachdem wir viele Jahre lang nur darüber diskutiert haben, ob der Überschuss nicht doch noch hätte höher sein können. Wir müssen uns damit abfinden, dass auch in Liechtenstein die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es sind nun Wege zu finden, wie wir in Zukunft einen

ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen können. Sicherlich gibt es Sparpotenzial, aber wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, wie die Einnahmen erhöht werden können. Ein attraktiver Wirtschaftsstandort ist anzustreben, wobei ein gerechtes, vorteilhaftes Steuergesetz unabdingbar ist. Noch in diesem Jahr soll dem Landtag eine entsprechende Vorlage präsentiert werden. Wenn auch die FBP immer wieder darauf hinweist, dass ein solches Gesetz noch unter der Vorgängerregierung vollständig ausgearbeitet wurde, gebe ich zu bedenken, dass bei der damaligen Ausarbeitung noch andere Rahmenbedingungen herrschten. Innerhalb der letzten zwei Jahre hat sich einiges geändert und ich gehe zuversichtlich davon aus, dass Regierungschef Tschüscher diesen geänderten Rahmenbedingungen im Steuergesetz Rechnung trägt.

Um die zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können, braucht es die Zusammenarbeit aller politischen Parteien. Es bringt uns nicht weiter, wenn seitens der Minderheitspartei immer wieder Forderungen gestellt werden, aber dann schlussendlich bei entsprechenden Vorlagen dagegen gestimmt wird.

In der Rubrik Standpunkt äussern sich Mitglieder des Präsidiums und der Landtagsfraktion der Vaterländischen Union.